

Absender
Fraktion DIE LINKE. mit
BÜRGERPARTEI GL

Drucksachen-Nr.

0481/2016

öffentlich

Antrag

der Fraktion, der/des Stadtverordneten
Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL

zur Sitzung:
Haupt- und Finanzausschuss am 08.12.2016

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL vom
12.11.2016 (eingegangen am 11.11.2016) zur Erarbeitung einer
Digitalisierungsstrategie

Inhalt:

Mit Schreiben vom 12.11.2016 (eingegangen am 11.11.2016) beantragt die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, die Verwaltung möge eine Digitalisierungsstrategie erarbeiten und einen Digitalisierungsbeauftragten ernennen.

Das Schreiben der Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL ist dieser Vorlage als Anlage beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Abteilung IT und Zentraler Service der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach verfolgt seit Jahren einen Digitalisierungsansatz, bei dem Verwaltungsabläufe, die weitgehend manuell geprägt sind, durch die Verwendung von Informationstechnik automatisiert werden. Zu dieser Aufgabe gehört auch, die Automation in den Fällen anzustreben, in denen eine Digitalisierung aus gesetzlichen Gründen erforderlich oder aus wirtschaftlichen Gründen geboten ist.

Aus diesem Grunde werden bei der Stadtverwaltung Bergisch Gladbach über 200 unterschiedliche Fachverfahren auf über 1.000 IT-Arbeitsplätzen verwendet. Als Ergebnis liegen derzeit ca. 40 Terrabyte an Digitalisaten allein im eigenen Verantwortungsbereich vor, von Dokumenten über Datensätze bis hin zu Kanaldatenvideos. Weitere Digitalisierungsvorhaben richten sich an den finanziellen und personellen Ressourcen der Abteilung IT und Zentraler Service aus.

Als ein weiterer und zwingend erforderlicher Meilenstein zur fortschreitenden Digitalisierung wird die Ausweitung des elektronischen Dokumentenmanagementsystems gesehen, die jedoch ihre Grenzen in den erforderlichen zentralen Ressourcen findet.

In der Anlage zum Antrag der Fraktion DIE LINKE mit BÜRGERPARTEI GL ist ein Artikel aus einer kommunalen Informationszeitschrift beigelegt, die sich auf mögliche Einsparpotentiale im Segment des E-Governments bezieht.

Auch in dieser elektronischen Kommunikation der Stadtverwaltung mit den Bürgern, Einwohnern und Unternehmen bietet die Stadt Bergisch Gladbach bereits eine Vielzahl an Interaktionsmöglichkeiten, bei denen die rechtliche Grundlage zur Eröffnung dieses Kommunikationskanals bereits geschaffen wurde. An dieser Stelle wären z.B. die Verwendung von elektronischen Formularen, Anmeldung von Kindern zum Kindergarten über das Portal LittleBird, Bereitstellung von Informationen über das GeoPortal oder in unstrukturierter Form via E-Mail oder TellMe zu erwähnen. Derzeit werden auch die Vertragsverhandlungen über die im Haupt- und Finanzausschuss beschlossene Einführung eines Verfahrens zum Baustellenmanagement abgeschlossen, die nicht nur eine Informationsquelle für Interessierte, sondern auch eine weitgehende Interaktion mit den Unternehmen ermöglicht.

Diese Hinweise sind nicht abschließend, sollen jedoch aufzeigen, dass sich die Verwaltung bereits seit geraumer Zeit den Möglichkeiten des E-Governments zugewendet hat. Nicht in Abrede soll dabei gestellt werden, dass darüber hinaus weitere Möglichkeiten der Interaktion bestehen, die auch wirtschaftliche Vorteile für die Verwaltung eröffnen könnten. Der bisherige Fokus des Verwaltungshandelns in diesem Segment sollte jedoch nicht verändert werden und den Bürger- und Unternehmensservice als wesentlichen Baustein des E-Governments hinter möglichen Einsparpotentialen zurückstellen. Eine erfolgreiche Win-Win-Situation wird dann erzeugt, wenn externe Nutzer eine wesentliche Arbeitserleichterung erfahren und intern hinzu auch noch Aufwand und damit Kosten gespart werden können.

Da alle Kommunen und Behörden im Land NRW nach denselben gesetzlichen Grundlagen handeln (ausgenommen Ortsrecht), hat sich die Stadt Bergisch Gladbach entschieden, gemeinsame Lösungen in interkommunaler Zusammenarbeit entwickeln zu lassen. Mit dieser Vorgehensweise sollen sogenannte Insellösungen vermieden und erforderliche Anschubfinanzierungen auf eine breitere Basis gestellt werden. Die Zusammenarbeit findet über den kommunalen IT-Dienstleister, der KDVZ Citkomm aus Hemer statt, zu deren Kunden nicht nur eine Vielzahl von Kommunen in Westfalen, sondern auch alle Kommunen des Rheinisch-Bergischen Kreises gehören. Dort wurden Stellen zur Realisierung von E-Government-Lösungen eingerichtet, an deren Finanzierung sich auch die Stadt Bergisch Gladbach beteiligt.

Aus Sicht der Verwaltung sollte der eingeschlagene Weg fortgeführt werden. Etwaige erforderliche finanzielle Anschubfinanzierungen und Beteiligungen an gemeinsamen, interkommunalen Projekten würden über die Anmeldungen zu den Haushaltsplänen erfolgen. Sollte darüber hinaus eine Intensivierung und auch Fokussierung der Bemühungen der Verwaltung um Einführung von E-Government-Projekten gewünscht sein, so sollte dem durch eine Verstärkung der personellen Ressourcen Rechnung getragen werden.